

05. Juni 2008

05-05-08 13:37 PCVD

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

des Abgeordneten Vock  
und weiterer Abgeordneter

betreffend verfassungsmäßige Verankerung des Tierschutzes in Form einer  
Staatszielbestimmung

Am 27.05.2004 wurde ein 4-Parteienantrag (54/E, XXII. GP) beschlossen, in dem die Bundesregierung ersucht wurde, im Rahmen des Österreich-Konvents dafür Sorge zu tragen, dass der Schutz des Lebens und des Wohlbefindens der Tiere aus der besonderen Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf als Staatszielbestimmung Eingang in den neuen Verfassungsentwurf finden sollte. Durch die Auflösung des Österreich-Konvents hat der besagte Antrag keine Erledigung gefunden. Die FPÖ ist jedoch nach wie vor der Überzeugung, dass Tierschutz in Form einer Staatszielbestimmung im Bundesverfassungsgesetz verankert werden soll.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

Der Nationalrat volle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, die die Verankerung des Tierschutzes in der Bundesverfassung als Staatszielbestimmung zum Inhalt hat.“

Handwritten signatures of the members of the National Council who submitted the motion, including names like W. Farys, Hans Peter, and others.

Wien am  
- 5. JUNI 2008

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Verfassungsausschuss vorgeschlagen.